Nr. 32. 37. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Sonnabend, 18. Januar 1908

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die „Merkmale".

Als Fürst Bülow am 10. Januar — im schwarzen Geschichtsbuch neu-preußischer Reaktion für alle Zukunft ein Gedenktag erster Ordnung — aus Liebe zu seinen Junkern aller Entwickelung, soweit das engere Vaterland in Frage kommt, den Fehdehandschuh hinwarf, da gab's ein Sätzchen, das den blockliberalen Rosasehern (es werden ihrer immer weniger) auch in schwerer Stunde wie Verheißung klang, und das immerhin ein Nachwort verdient.

„Deshalb wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel (eine Wahlrechtsreform in „absehbarer" Zukunft) lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen zu erreichen ist, oder ob und inwieweit es nach anderen Merkmalen, nach Alter, Besitz, Bildung und dergleichen, zweckmäßig abgestuft werden muß." Es ist ja nicht das beste Deutsch, aber es ist klar genug. Der Kanzler sucht den Liberalen die harte Nuß der eigentlichen Kriegserklärung, die die unumwundene Ablehnung des einzig natürlichen Wahlrechtes ist, dadurch zu versüßen, daß er — in ferner Zukunft, versteht sich — das sogenannte Pluralwahlrecht für etwas erklärt, was eventuell selbst preußische Minister wenigstens in den Mund nehmen dürfen.

Man wird also, wie man das so nennt, höhern Orts unter Umständen „wohlwollende Erwägungen darüber anstellen", ob und inwieweit nur ein wohlgefüllter Geldschrank oder noch andere Momente dem Preußen einer froheren Zukunft politische Reife geben könnten. Und Fürst Bülow wählt von allen Merkmalen, die Sterbliche so an sich haben, neben dem Geldschrank, der natürlich das Wahrzeichen der höchsten politischen Reife bleibt, nun zwei, die ihm offenbar besonders imponieren: das Alter und die Bildung.

Es gibt in der Frage politischer Bürgerrechte ein international-natürliches und ein spezifisch junkerlich-preußisches Empfinden. Das erste ist ein Menschheitsbesitz, das zweite ist Klassenegoismus. Aber auch für das natürliche Empfinden ist eine gewisse Altersgrenze wie beim wohlbewährten Reichstagswahlrecht selbstverständliche Bedingung. Hier aber meint's fürsorgliche Staatsklugheit ganz anders. Mit vorschreitendem Alter soll auch die politische Macht des Einzelnen wachsen. Ein Mann von vierzig Lenzen ist weiser als einer von dreißig, ein Mann von fünfzig politisch reifer als ein Vierzigjähriger und so weiter, bis man im biblischen Greisenalter endlich eine Machtfülle erreicht, gegen die der Einfluß eines Mannes, der auf der Höhe des Lebens steht, im besten Falle (wenn er begütert ist) die kleinere Hälfte ist. Hat's Sinn, auf diese Seite des Pluralwahlrechtes noch weiter einzugehen? Wer Phantasie hat, mal' sich's aus: die Altmännerhäufer besondere Machtfaktoren im politischen Leben, der gute Großvater, der seine Zeit längst sterben sah, politisch einflußreicher als das lebende Geschlecht. Nein. Das Alter in Ehren! Aber das ist Unsinn. Das nimmt niemand ernst.

Erwachsen oder unmündig — **das ist auch in der** Familie der einzige Altersbegriff, der überhaupt Geltung beanspruchen kann. Und im öffentlichen Leben ist's nicht anders. Schützt Alter vor Fehlern in politicis? Wenn dem so wäre, hätte Fürst Bülows Wahlrechtserklärung wahrhaftig anders gelautet. Nein. Nichts ist bei den einzelnen verschiedener als das Tempo intellektueller Entwickelung, nichts ist lächerlicher, als hier die Jahre wägen. „Man sagt, ich sei dreißig Jahre alt; wenn ich aber drei Minuten in einer gelebt habe . . . bin ich dann nicht neunzig?" Baudelaire, der so sprach, hat recht.

Und die Bildung? Mit Verlaub' ihr hohen Herren! Was ist Bildung? Eine Doktorfrage, die Fürst Bülow, wenn nicht alle Zeichen trügen, endgültig zu beantworten gedenkt. Solange uns aber diese Antwort nicht wurde, fragen wir, des Kommenden harrend: Was ist's in aller Welt? Die Examina? Auch eine Lösung: Wer durch das „Einjährige" gepreßt wurde, ist halbgebildet, das Abiturium macht dreiviertel gebildet, der Doktorhut oder gar der Professorentitel gibt den Rat. Bei der Titelfülle in Preußen auch darüber hinaus noch eine entzückende Perspektive. Wer als Künstler, Schriftsteller, Schauspieler oder gar als Journalist in dieser Welt „examenslos" dasteht, wählt, solange er nicht genügend Geld besitzt oder das fehlende Examen durch ein langes Leben eingeholt hat, in der untersten Klasse, wobei „staatserhaltende" Künstler und Journalisten natürlich durch Gnadenakt in den Stand der „Gebildeten" erhoben werden können. Der wirklich Gebildete aber lacht und sagt: Nur Philister oder Barbaren halten Bildung für etwas Feststellbares, und derjenige, der einst das, was wir lebendige Kultur nennen, klassifizierte, müßte ein ganz besonders kulturloser Mensch sein.

Jllo.

Der Wahlrechtskampf.

In einer stark besuchten Versammlung des Wahlvereins der Liberalen in Marburg wurde nach einem Vortrage des Redakteurs **Ruschke einstimmig** nachstehende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung des Wahlvereins der Liberalen erachtet die Erklärung des Fürsten Bülow zur Wahlrechtsfrage als eine **schroffe Beleidigung der erdrückenden Mehrheit des preußischen Volkes. Sämtliche Parteien**, die auf dem Boden des Reichstagswahlrechts stehen, werden **aufgefordert, alle gesetzlichen Mittel zur Durchführung dieses Wahlrechts in Preußen anzuwenden**, unbekümmert um **den Bülow-Block oder das Schicksal seines Urhebers, des Reichskanzlers.**"

*

Eine Versammlung des freisinnigen Vereins in Darmstadt nahm nach einer Besprechung der politischen Lage folgende Resolution an: „Die Versammlung sieht in der Erklärung des Fürsten **Bülow** im preußischen Abgeordnetenhause eine nach seinen früheren Erklärungen ganz unerwartete **rücksichtslose Herausforderung des gesamten deutschen Liberalismus.** Das Vertrauen des deutschen Liberalismus auf eine Mitwirkung der Reichsregierung zur Ermöglichung einer liberalen Politik ist damit vollständig geschwunden und es **entfällt jeder Anlaß** für die linksliberalen Fraktionen, **die Politik des Reichskanzlers fernerhin zu unterstützen.** Die Versammlung erwartet deshalb **von den Parteien unserer Richtung** eine entschlossene liberale Politik **ohne jegliche Rücksicht auf die Person des Reichskanzlers** und in scharfem Gegensatz zu den reaktionären Bestrebungen der rechtsstehenden Parteien."

*

Der nationalliberale Ortsverein Charlottenburg hielt gestern abend im Türkischen Zelte eine öffentliche **Versammlung** ab. Nach dem Referate des Chefredakteurs Dr. Harms: „Der Kampf um das preußische Wahlrecht", wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung **bedauert, daß die preußische Regierung in Sachen der Wahlreform den Wünschen des Mittel- und Arbeiterstandes sowohl** wie den liberalen Parteien **so gut wie gar kein Entgegenkommen bewiesen hat. Sie bedauert auch namentlich die Zurückweisung der geheimen Wahl** deshalb, weil sie darin einen Akt unberechtigten Mißtrauens gegenüber denjenigen Volksschichten erblickt, die bei den letzten Reichstagswahlen der Politik der Regierung gegen Zentrum und Sozialdemokratie zum Siege verholfen haben. Sie **erblickt** in der Stellungnahme der preußischen Regierung **eine Gefahr für die Blockpolitik im Reiche und ersucht die nationalliberale Reichstagsfraktion**, der darin liegenden Gefahr für den Gesamtliberalismus Rechnung zu tragen und dagegen einen engeren Zusammenschluß mit den freisinnigen Parteien innerhalb des Blocks anzustreben."

*

Der **nationalsoziale Verein in München** fordert in einer Resolution die Parteileitung der freisinnigen Vereinigung auf, unter Aufrechthaltung und weiterer Befestigung der linksliberalen Einigung die Reaktion in Preußen, die eine Gefahr für die freiheitliche Entwickelung des ganzen Reiches sei, auch fernerhin mit der größten Entschiedenheit zu bekämpfen und alles aufzubieten, daß Preußen ein **freiheitliches Wahlrecht** erhalte.

Zum oldenburgischen Staatskonflikt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Oldenburg, 18. Januar.

Infolge des Konfliktes zwischen dem Großherzog von Oldenburg und dem dortigen Landtage (worüber wir in einem längeren Privat-Telegramm in unserer Abendausgabe vom 10. Januar ausführlich berichtet haben) über die etwaige Vormundschaft der Großherzogin über den Erbgroßherzog hatte der Großherzog dem Landtage offiziell mitteilen lassen, daß er seinem Vizeoberstallmeister v. **Wenckstern** nicht mehr gestatte, den **Vorsitz der Landeskörungskommission** zu führen. Diese Maßregel, mit der der Großherzog seine persönliche Animosität gegen den Landtag das ganze Land entgelten ließ, erregte großes Aufsehen und tiefen Unwillen. Jetzt hat der Großherzog sich entschlossen, den Bitten der oldenburger Pferdezüchter nachzugeben und sich damit einverstanden erklärt, daß der Vizeoberstallmeister v. **Wenckstern die Geschäfte des Vorsitzenden der Körungskommission wieder übernimmt.** Der Großherzog hat gestern abend an den Oekonomierat Jürgens in Hohenkirchen, den Sprecher der Montag, den 6. d. M. zum Großherzog entsandten Deputation der oldenburgischen Pferdezüchter folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Abordnung der Pferdezüchter des Großherzogtums Oldenburg erwidere ich auf die mir am 6. d. M. überreichte Eingabe, daß ich nach reiflicher Ueberlegung und nach Rücksprache mit dem Minister Willich in dankenswerter Anerkennung des mir entgegengebrachten Vertrauens und infolge der vielen von allen Seiten an mich gelangten Bitten, auch getragen von dem warmen Interesse, das ich stets für unsere Pferdezucht gehabt habe, mich entschlossen habe, **auf Ihre Bitte einzugehen.** Ich habe deshalb angeordnet, daß die nötigen Schritte getan werden, damit die zum 1. Juli eingehende Stelle des Hofstallmeisters in der bisherigen Verordnung bestehen bleibe, und daß das Staatsministerium Verhandlungen über die Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden der Körungskommission einleitet.

Friedrich August."

Dieser Entschluß des Großherzogs wird im ganzen Lande mit großer Befriedigung aufgenommen.

* Sicherem Vernehmen nach dürfte, so schreibt uns unser Konstantinopeler ⌣-Korrespondent, in den nächsten Tagen nach Ablauf des Kurban-Bairamfestes der Posten des **türkischen Botschafters**

Drachmann.

Von

Georg Brandes.

Er war die verschwenderischste Dichternatur, die Dänemark jemals geboren hat, — ja, das war er. Und doch in seiner Art der sparsame.

Als wir erfuhren, daß er gestorben sei, hatten wir das schmerzliche Gefühl, daß die Lichtgestalt einer ganzen Generation uns genommen sei. Diese sprudelnde Fülle von Tönen, womit Dänemark während eines Menschenalters beglückt war, — jetzt ist sie verstummt.

Holger Drachmann ist tot. Dem breiten Strom von Melodien, die durch ihren Wohllaut uns erfreuten, ist ein Damm gesetzt. Der Schwarm von Bildern, den wir ihm verdanken, die vielen Gestalten, die von ihm ausgingen, kehren zu ihm zurück und gruppieren sich um seine eigene hohe Gestalt.

In einem seiner Gedichte vergleicht er sich mit einem Seiltänzer, der die Menge durch Saltomortales überrascht:

„Jede Partei — ich habe sie erprobt, gewogen und zu leicht gefunden. Hejsa — hopp! Saltomortales sind meine Kunst und — mein Recht!" Jetzt hat er seinen letzten Saltomortale, den Todessprung, gemacht.

Es war erfreulich, daß er fünfzehn Monate vor seinem Tode eine Huldigung erlebte, die wenigen dänischen Männern zuteil geworden ist, zur selben Zeit der Künstlerelite und der großen Bevölkerung aufrichtige, herzliche Huldigung. Schade aber, daß diese Freude ihm gründlich und dauernd verbittert wurde durch das Geschrei, welches unmittelbar nach dem Fest das Spießbürgertum in Verbindung mit dem stets lauernden Neid gegen ihn erhob. Er glaubte, endlich einmal im Frieden leben zu dürfen; gleich darauf mußte er sich als die Zielscheibe des Hohnes und des Spottes sehen. Dieses in Verbindung mit der Krankheit beugte sein Gemüt nieder.

Er war ein Dichter im alten Stil, im Stile der Vaganten vom 12. Jahrhundert und bis zur Zeit der Romantik hinauf aus der Linie Burns—Byron—Heine—Oehlenschläger, ein wandernder Geselle, ein lebensbegeisterter Sänger.

Und er war auf dänischem Grund und Boden ein Dichter in neuem Stil, unbürgerlich, freisinnig, ganz und gar unoffiziell. Wie nehmen sich doch Oehlenschläger, Grundtvig und Christian Winkler im Verhältnis zu ihm konservativ, brav und moralisch aus! In keinem Punkte bricht er künstlerisch oder menschlich in einem solchen Grade mit der nationalen Ueberlieferung, daß der Bruch als unheilbar erscheint; aber fast in jedem Punkt fühlt er sich ungebunden von einer Tradition und mit neuen Zeiten in Pacht.

Er hat das Glück gehabt, all das edle Metall, welches in seiner Natur lag, ausmünzen zu können. Die Zukunft wird jede einzelne Münze wägen und ihren Wert bestimmen.

So leichtsinnig er auch dann und wann sein Lebensgut zu verschwenden schien, vergaß er doch nie, das Zerstreute wieder aufzulesen und zu schützen. Als er „Wölund der Schmied" schrieb, war er so schwach, daß er nur zwanzig Minuten jeden Tag zu arbeiten vermochte; diese aber hat er ausgenutzt. — —

Der neuentdeckte Grünewald.

Von

Professor **Konrad Lange** (Tübingen).

Dem Wunsche, der mir ausgesprochen worden ist, gemäß berichte ich auch an dieser Stelle über die Entdeckung der lebensgroßen Madonna von Matthias Grünewald in Stuppach. Ich bemerke, daß ich eigentlich nicht die Absicht hatte, meiner in kurzem bevorstehenden Publikation des Bildes im „Jahrbuch der preußischen Kunstsammlungen" eine Zeitungsnotiz vorangehen zu lassen. Ich bin aber durch eine unerwartete Publikation von anderer Seite dazu genötigt worden, eine kurze Darstellung des Sachverhalts zu geben. Hier seien besonders einige neue Gesichtspunkte hervorgehoben:

Stuppach ist ein kleines katholisches Dorf im äußersten Norden Württembergs, 6 Kilometer südsüdwestlich von Mergentheim. Es hat nur 360 Einwohner. Die Kirche dieses Dorfes ist im Jahre 1607 von dem Statthalter des Deutschordenshochmeisters, Freiherrn Marquard von Eck gebaut, als ein Denkmal der damals in Franken einsetzenden und besonders von dem Würzburger Fürstbischof Julius Echter von Mespelbrunn geförderten Gegenreformation. Dementsprechend zeigt sie trotz ihrer späten Entstehung gotische Bauformen. Vor einigen Jahren wurde sie nach Westen zu verlängert, und ganz kürzlich ist sie von einem jungen Ellwanger Kirchenmaler mit figürlichen Bildern ausgemalt worden.

Auf dem Hochaltar dieser Kirche steht, in einen modernen gotischen Schnitzaltar von 1854 eingelassen, das fragliche Bild. Es stellt Maria sitzend in einer reichen Landschaft dar. Sie hält mit der Rechten auf ihrem Schoße das stehende Christuskind, dem sie mit der Linken eine Frucht, wie ich glaube einen Granatapfel, reicht. Blondes, offenes Haar wallt auf ihre Schultern herab, über ihrem Haupte wölbt sich ein regenbogenartiger Nimbus. Sie trägt ein karminrotes Brokatgewand mit goldenen Verzierungen, die mit gelber Farbe breit und sicher hingesetzt sind. Darüber legt sich ein blauer Mantel mit violettem Futter. Am Himmel links erscheint in einer Glorie Gott Vater mit Szepter und Weltkugel inmitten einer Schar fliegender Engel, von denen zwei eine Krone zu Maria herabbringen. Diese sitzt in einem reichen blühenden Garten. Feigen- und Granatbäume erinnern an Italien. Aber eine gotische Kirche rechts im Hintergrunde, die dem Straßburger Münster sehr ähnlich ist, trägt ebenso wie das Städtchen links nordisches Gepräge.

Ueber den Grünewaldschen Ursprung dieses Bildes kann ein Zweifel nicht aufkommen. Sein Name drängte sich mir sofort auf, als ich die Kirche betrat. Die Madonna ist zwar nicht, wie man gesagt hat, nach demselben Modell wie die Madonna des Jsenheimer Altars in Kolmar gemalt, aber man kann sie als eine jüngere und schönere — im formalen Sinne schönere — Schwester von dieser bezeichnen. Die Aehnlichkeit des Stils liegt weniger im Gesicht, das sogar im ersten Moment einige Bedenken erregt und vorsichtige Forscher sogar an der Autorschaft Grünewalds irre gemacht hat, als vielmehr in dem starken Gefühlsausdruck, den charakteristischen Formen der Hände, dem ganz unverkennbar Grünewaldischen Faltenwurf und der wundervollen, warmen und strahlenden Farbe.

Das Bild ist leidlich gut erhalten, obwohl es im ganzen mindestens fünfmal restauriert worden ist, vor 1845, dann 1850, 1854, 1881 und 1907. Alle diese Restaurationen sind ohne Kontrolle einer staatlichen Behörde ausgeführt worden, lediglich nach dem Ermessen der 360 Dorfbewohner. Die letzte Restauration sollte nach dem Wunsche des Landes-